

Schadet Klimapolitik der Baukultur?



Von Marion Wohleben

Dass Kulturgut dem Klima und dadurch verschiedenen Gefahren ausgesetzt ist, ist als Problem erkannt. Von Unwettern betroffen sind dabei nicht nur hochkarätige Bau- und Kunstwerke in vielen Ländern, sondern auch einfache Siedlungen, die auf politischer wie auf planerischer Ebene geschützt werden müssen. Wenig Gedanken macht man sich dagegen über einen anderen Aspekt, der mit dem Klimawandel verbunden ist, weil er sich wie dieser schleichend vollzieht: die Veränderungen der Baukultur. Sie sollen hier etwas näher beleuchtet werden.

Dazu ist es nützlich, sich anhand von klimageschichtlichen Darstellungen, wie sie in letzter Zeit vermehrt auf dem Markt erscheinen, mit dem Gesamtzusammenhang von Klima, Geschichte, Wirtschaft und Politik vertraut zu machen. Unverzichtbares Wissen über wirtschaftliche und klimapolitische Zusammenhänge liefert der Historiker und Wissenschaftsjournalist Marcel Hänggi in seinem Buch «Wir Schwätzer im Treibhaus. Warum die Klimapolitik versagt» (Zürich 2008). So erklärt Hänggi, warum Energieeffizienz, Emissionshandel oder viele der Anreize nichts zur Energieeinsparung beitragen, und er skizziert eine post-fossile Gesellschaft mit weniger Konsum, die deshalb nicht weniger lustvoll ist – als wäre Konsum die einzige Lustquelle! Der Evolutionsbiologe Josef K. Reichholf erinnert in «Eine kleine Naturgeschichte des letzten Jahrtausends» (Frankfurt 2008) an die Geschichtlichkeit von Natur und Klima und warnt davor, in jedem Wandel oder jeder Veränderung «an sich» schon die Katastrophe für Erde und Menschheit zu sehen:

Klimaveränderungen habe es immer gegeben und auch der aktuell sich vollziehende Wandel sei ein historisches, wiewohl grösstenteils von Menschen gemachtes Phänomen, das «erhebliche Folgen nach sich ziehen wird» (S. 232). Deshalb empfehle es sich, die Diskussion zu versachlichen und auf die wesentlichen Vorgänge zu konzentrieren. Indem wir uns auf den Wandel einstellen und entsprechende Vorsorge treffen, könnten wir ein Vorbild für andere Länder abgeben. Das beste sei es, Nachhaltigkeit anzustreben und den schlimmsten Auswirkungen der Erderwärmung auf drei Gebieten zu begegnen: Stoppen der Entwaldung (die für 20% des menschengemachten Treibhauseffekts verantwortlich ist) und Aufforsten von Wäldern; Anlegen von Dämmen, Deichen sowie Vorkehrungen gegen Unwetterfolgen in den gefährdeten Zonen; Förderung einer von Importen we-

niger abhängigen Landwirtschaft (unsere vermeintliche «Selbstversorgung» funktioniert nur aufgrund von Tierfutareinfuhren beispielsweise aus Brasilien, die für die Abholzung von Regenwäldern mitverantwortlich sind). Reichhofs distanzierter, aber nicht gleichgültiger Blick ermuntert dazu, Prioritäten zu erkennen und zu setzen.

Es ist unbestritten, dass die Emissionen von Kohlendioxid, die durch das Verbrennen der fossilen Stoffe Öl, Kohle und Gas entstehen, drastisch reduziert werden müssen – weltweit. Eine wirtschaftliche Umorientierung ist nicht allein wegen der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und ihrem absehbaren Versiegen geboten. Auch die bereits festzustellenden sowie die prognostizierten Schäden und Zerstörungen von Kulturen und Siedlungen machen sie erforderlich. Dafür muss die Wirtschaft, darin sind sich viele Ökonomen einig, ihre bisherige Ausrichtung an exponentiellem Wachstum und maximalem Profit hinter sich lassen und eine auf ökologischen Prinzipien basierende Marktwirtschaft aufbauen. Modelle zur Begrenzung des Wirtschaftswachstums nach den Vorstellungen des Club of Rome oder des Ökonomen Hans Christoph Binswanger («Die Wachstumsspirale») zeigen, dass Wachstum auf viel niedrigerem Niveau nötig und möglich

wäre. Eine ökologische Marktwirtschaft (Daniel Cohn-Bendit) würde eher mehr als weniger Arbeitskräfte beschäftigen und weniger Ressourcen verbrauchen, wenn weniger produziert wird. Die bisher erkennbaren Signale deuten allerdings nicht in diese Richtung. Subventionen fliessen vor allem in die Produktion neuer Investitionsgüter. Sie sind in erster Linie kurzfristig wirksame wirtschaftskonjunkturelle Massnahmen mit klimapolitischen Begründungen. Anstatt in die Erforschung und Erprobung neuer Konzepte, Methoden und Organisationsformen zu investieren, die sparsam sind und ohne fossile Energie und andere Schadstoffe auskommen, fördert man das Gegenteil. Die weltweite Subventionierung der Autoindustrie mit halbherzigen ökologischen Auflagen trägt nicht zu einer Veränderung bei, ebenso wenig wie die Prämien, die in Deutschland, Frankreich und Österreich nicht etwa für den Verzicht, sondern für den Kauf eines Neuwagens bezahlt werden. Hier wird Wegwerfmentalität statt Sparsamkeit belohnt. Gerne wüsste man, wie die Energiebilanz zwischen Verschrottung, Neuproduktion und eingespartem Benzin genau aussieht.

Fitnesskur für das Bauwerk Schweiz?

Was hat diese Klimapolitik mit Baukultur zu tun? Seit einiger Zeit treibt die Fachleute in der Denkmalpflege, aber auch Architektinnen und Architekten, die «nur» mit dem normalen Baubestand zu tun haben, die Frage um, ob die neuen Energieverordnungen, die massive Werbung (Motto: Fitnesskur für das Bauwerk Schweiz) und das Geld, welche energetische Sanierungen und Nachrüstungen vorantreiben, nun ein Segen oder eher ein Fluch für «das Bauwerk Schweiz» sind. Damit findet man nicht überall Verständnis – schliesslich geht es doch um sinnvolle Massnahmen, mit denen Geld und noch dazu das schädliche Kohlendioxid eingespart werden kann. Darf man dies überhaupt in Frage stellen? Das Problem ist komplex. Zwei Aspekte sollen zeigen, dass Kritik angebracht ist.

1. Verlustreiche Veränderungen

An erster Stelle stehen die tiefgreifenden Veränderungen des Bauwesens und der Baugestalt, – wesentlicher Teile der Baukultur – die mit der energetischen Nachrüstung einhergehen. «Wie konnte es dazu kommen, dass beim langfristigsten und teuersten Produkt, das sich unsere Zivilisation leistet, den Gebäuden, die wirkliche Beschaffenheit für langen Gebrauch und lang währende ästhetische Freude eine so belanglose Rolle spielt?», fragt Georg Mörsch in seinem Beitrag mit dem treffenden Titel «Kulturverschwendung» im November 2008 in der Zeitschrift TEC21 des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins SIA über Ökologie und Baukultur. Anlass zu dieser besorgten Frage sind die energetischen Sanierungen, bei denen die Gestaltung nach Meinung der Herausgeber «nur in Ausnahmefällen eine Rolle» zu spielen scheint. Die Regel sieht anders aus und erst nach und nach gerät ins Blickfeld, was es hier (noch) zu verlieren gibt: Nicht einzelne Baudenkmale, deren massvolle und angemessene Sanierung von Fachleuten betreut und beraten wird, sondern der gebaute Alltag, der nichts Geringeres als die Baukultur eines Quartiers, eines Ortes, einer Region und des Landes repräsentiert. Die Baukultur, deren Qualität sich aus «der Verantwortung der gesamten Gesellschaft für ihre gebaute Umwelt und deren Pflege» (Die Initiative Architektur und Baukultur, Berlin 2001) ergibt, ist nun

ausser den Veränderungen durch die Bevölkerungsstruktur und in der Arbeitswelt nun auch noch erheblichen Veränderungen durch Klimaschutzmassnahmen ausgesetzt. Sichtbar auf dem Spiel stehen die Vielfalt, materielle Eigenart und Physiognomie des historischen Baubestandes – nicht nur in der Schweiz. Kritik artikuliert sich auch in den Nachbarländern: ICOMOS France fordert die politischen Entscheidungsträger in der Deklaration «Concilier performance énergétique et qualité patrimoniale» (2008) auf, beim Erlass und bei der Umsetzung von Energierichtlinien Rücksicht auf bauliche Eigenheiten zu nehmen und «de respecter la qualité patrimoniale et architecturale du bâti existant». Dabei geht es um den Schutz vor unangemessenen Eingriffen, nicht nur für den kleinen Teil von geschützten Bauten, sondern für die Baukultur insgesamt, wozu explizit Gebäude des 20. Jahrhunderts gerechnet werden, die gerade wegen des oft hohen Energieverbrauchs zu den ebenso gefährdeten wie fragilen Veränderungskandidaten zählen.

Sorge um ihr kulturelles Erbe äussern auch Experten des English Heritage, nachdem in Erwägung gezogen worden war, ältere, traditionell erbaute Häuser abzubauen und durch Null-CO₂-Häuser zu ersetzen. Davon wäre nicht weniger als ein Fünftel des englischen Baubestands von vor dem ersten Weltkrieg betroffen, der den spezifischen Charakter des Landes und der Städte weitgehend bestimmt und für den sozialen Zusammenhalt und das Heimatgefühl von grosser Bedeutung ist. Dies unterstrich die ehemalige Kultusministerin, Margaret Hodge: «The more you destroy old housing, the more you destroy communities and social cohesion» (Conservation Bulletin, Nr. 57, 2008, S. 20).



In dem kürzlich in Deutschland veröffentlichten «Klima-Manifest» (Vernunft für die Welt) weisen Architekten, Ingenieure und Stadtplaner auf die neuen Gefahren für die Baukultur hin und formulieren eine Selbstverpflichtung, zu deren Prioritäten der öffentliche Nahverkehr, ressourcenschonende Architektur, Nachhaltigkeit, regionale Materialien und die Verbindung mit regionalen Bautraditionen gehören.

Es gibt ein Bewusstsein vom (diskreten) Wert der Alltagsarchitektur und von den möglichen materiellen und immateriellen Verlusten – beginnend bei den Proportionen und, soweit sie noch existieren, bei bauzeitlichen Fenster- und Türgenerationen, die nicht vollständig zerstört und entsorgt werden müssten, sondern durch

gezielte Nachrüstungen optimiert werden könnten. Unter dicken Schichten von synthetischen Baustoffen und Putzen verschwinden Oberflächen in ihrer zeittypischen Materialisierung, Struktur oder Farbigkeit, mit den bekannten bauphysikalischen und ästhetischen Nachteilen sowie schlechter Pflegefähigkeit und Reparierbarkeit. Auch die Installation von Solaranlagen auf traditionellen Dächern ist noch nicht befriedigend gelöst. Zwar sind sie reversibel und zerstören in der Regel die Dächer nicht. Dennoch wäre es für viele Siedlungen und Gemeinden sinnvoller und auch effizienter, die Sonnenenergie dezentral an einem geeigneten Standort (beispielsweise im Gewerbegebiet) in der Nähe zu fördern. Bis zur technischen und gestalterischen Vervollkommenung dieses Systems sind alternative Standorte für die Anbringung von Solaranlagen traditionellen historischen Bauten vorzuziehen. Das Programm «Ohne Solaranlagen – mit Solarstrom» von Bräunlingen (Baden-Württemberg) bietet dafür ein gutes Beispiel.

2. Energiebilanz und Nachhaltigkeit

Der zweite Aspekt, der mit dem ersten eng zusammenhängt, ist die Nachhaltigkeit der Massnahmen. Es geht hier nicht um «historisch wertvolle Bauten» im engeren Sinn, aber es geht doch um einen gewissen Respekt vor den Bauleistungen früherer Generationen und vor allem darum, den Bürgern eine möglichst grosse Konstanz der gebauten Umwelt zu bieten, damit sie sich orientieren und zuhause fühlen können. Nachhaltigkeit bedeutet langfristige Verträglichkeit in drei Bereichen: Wirtschaftlichkeit, Umwelt und Gesellschaft. Die Heizölrechnung kann daher nicht das einzige und auch nicht das wichtigste Kriterium sein, wenn sonst alles unverändert bleibt. An erster Stelle müsste ein Unterschied zwischen Gebrauch und Verschwendung, zwischen Subsistenz- und Luxusemissionen gemacht werden. Das Einsparen von Energie betrifft alle Lebensbereiche und ist ohne Einschränkungen nicht zu erreichen. Bislang scheinen aber vor allem solche «Sparmassnahmen» ge-

fördert zu werden, für die massenhaft neue Produkte hergestellt werden müssen. Es ist fraglich, ob sich so die geforderte positive Gesamtbilanz erreichen lässt, die alle Phasen von der Neuherstellung der Bauteile über den Betrieb bis zur Entsorgung zu berücksichtigen hat. Als volkswirtschaftliche und ökologische Werte müssen aber auch

die Lebensdauer bestehender Gebäude, die Materialien und die ihnen inhärente Energie berücksichtigt werden. Sodann geht es um die soziale und kulturelle Verträglichkeit beziehungsweise die entsprechenden Kosten durch umfassende energetische Massnahmen, die sich zwar nicht berechnen, wohl aber beschreiben, erheben und erleben lassen. Erst zusammen lassen sie eine gerechte Bewertung der tatsächlichen Gewinne und Verluste zu.

«Wir schützen das Klima nicht um seiner selbst willen, das wäre nicht nötig. Mit ihm schützen wir doch die Menschen und ihre Kulturen»

Résumé

On a longtemps méconnu la menace que le changement climatique fait peser sur le patrimoine bâti. Or il ne s'agit plus seulement de protéger des monuments et des œuvres d'art contre les intempéries et les catastrophes naturelles. Le changement du climat recèle cependant une autre menace pour la conservation du patrimoine: l'altération de la culture architecturale.

La politique climatique influe tout naturellement sur notre façon de traiter les bâtiments «ordinaires». Les spécialistes de la conservation des monuments et les architectes se demandent donc avec une certaine appréhension si les nouvelles dispositions légales et les nouveaux équipements visant à améliorer l'efficacité énergétique sont à prendre comme une bénédiction ou comme une malédiction pour le «site construit helvétique».

Une attitude critique se justifie en effet sur deux points: 1. Les rénovations des monuments historiques sont conduites par des spécialistes qui les mènent avec retenue et respect; mais lorsque ce sont des bâtiments «ordinaires» qui font l'objet d'une rénovation, le risque existe que les mesures prises en faveur de l'efficacité énergétique aillent jusqu'à dénaturer complètement le caractère architectural d'un quartier ou d'une localité, voire d'une région entière. Ce qui est ici en jeu, c'est la diversité, les caractéristiques matérielles et la physionomie du patrimoine bâti.

2. Les coûts de l'énergie ne doivent pas être le seul critère utilisé pour déterminer si une construction satisfait aux exigences du développement durable. Les mesures d'économie encouragées jusqu'ici semblent être surtout celles pour lesquelles de nouveaux produits sont fabriqués en masse. Or il conviendrait plutôt de garantir la compatibilité des rénovations avec le développement durable selon trois points de vue: celui de la rationalité économique, celui de l'environnement et celui de la valeur sociale. Le développement durable implique aussi le respect du patrimoine bâti et de la culture architecturale des générations précédentes. C'est pourquoi il convient de mettre en garde contre un programme de rénovations subventionnées, qui viserait à soumettre l'ensemble du patrimoine bâti à un programme de «remise en forme» standardisé.